Björn Thümler

CDU-Fraktionsvorsitzender im niedersächsischen Landtag

Echt von hier

CDU

Wahlkreis Wesermarsch und Rastede

E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Wochen haben mich zahlreiche Briefe erreicht, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen und Ängste im Hinblick auf den von der rot-grünen Landesregierung geplanten Vertrag mit den muslimischen Verbänden geäußert haben. Auch die evangelischen Kirchen haben inzwischen Kritik an dem vorliegenden Vertragsentwurf artikuliert.

Ich teile diese Bedenken. Der vorgelegte Vertragsentwurf enthält zahlreiche Punkte, die rechtlich nicht eindeutig sind - zum Beispiel im Hinblick auf Gebetsräume in Schulen. Es muss klar sein, dass es keine Bevorzugung für einzelne Konfessionen geben darf. Wenn solche Räume eingerichtet werden sollen, müssen sie Schülern aller Glaubensrichtungen zugänglich sein.

Zudem stellt sich die Frage, was man mit einem solchen Vertragswerk erreichen will? Meiner Ansicht nach muss die Integration im Mittelpunkt stehen. In der aktuell vorliegenden Version des Vertrages taucht das Wort „Integration“ allerdings nicht ein einziges Mal auf.

Was wir brauchen, sind eindeutige und klar verständliche Formulierungen. Gründlichkeit muss hier ganz klar vor Schnelligkeit gehen.

Es war ein Fehler der rot-grünen Landesregierung, den Vertrag im kleinen Kreis, hinter verschlossenen Türen auszuhandeln. Ein breit angelegter Diskussions-Prozess mit allen Beteiligten wäre sinnvoller gewesen und hätte der Regierung Weil viel Ärger erspart.

Herzlichst, Ihr

B. Thümler

Mehr Abschiebungen – Zuzug reduzieren

Der Kanzleramtsminister und Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier traf kurz vor dem traditionellen Oldenburger Grünkohlessen in Berlin mit der Oldenburger Runde zusammen und informierte über die Asyl- und Flüchtlingspolitik.



Die Oldenburger Runde zusammen mit Kanzleramtsminister Peter Altmaier (links).

Nationale Lösungen stellte der Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, Peter Altmaier, in Aussicht für den Fall, dass es beim EU-Sondergipfel Anfang März keine Einigung in der Flüchtlingsfrage geben wird. Dass teilte der Kanzleramtsminister der Oldenburger Runde – den Landräten und CDU-Mandatsträgern im Oldenburger Land – beim Treffen am 22. Februar in Berlin mit. Damit antwortete er auf die dringlichen Forderungen der Oldenburger Vertreter, dass der Zuzug unbedingt reduziert werden müsse.

„Geduldete oder abgelehnte Asylbewerber müssen schnell und konsequent zurückgeführt werden“, so Thümler. „Dafür trägt das Land die Verantwortung und darf die Kommunen nicht im Stich lassen.“ Diese müssten die Hauptlast stemmen. Sie seien längst an ihre Grenzen gestoßen und bräuchten mehr Unterstützung. Von Seiten des Bundes sicherte Altmaier Unterstützung zu. Durch eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen sei es möglich, die Zahl der Flüchtlinge deutlich zu senken.

Aus dem Inhalt

» Das Salz in der Weser *Seite 2*

» B212: Bremen muss Wort halten *Seite 3*

» Integration durch Sprache und Bildung *Seite 4*

» Milch zu Dumpingpreisen verhindern *Seite 5*

» Termine *Seite 6*

» und außerdem *Seite 7*

Generalplan + Pipeline: Das Salz in der Weser

Der Plan liegt schon auf dem Tisch, doch die Landesregierung dreht den Geldhahn zu. Statt den Zuwässerungskanal in die nördliche Wesermarsch weiter zu planen, stoppt das Umweltministerium den Generalplan Wesermarsch – mal wieder.

Es fehlen noch die Feinplanungen für den Generalpan Wesermarsch, dann wäre eine Lösung für das Jahrzehnte alte Problem der versalzenen Zuleitungsgräben in der nördlichen Wesermarsch in Sicht. Der Planungsverband Wesermarsch hat in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsichen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küstenschutz und Naturschutz (NLWKN) und dem Ingenieurbüro Pro Aqua die Grobplanung erstellt, nun muss noch die genaue Trasse der Zuwässerungsstrecke abgestimmt werden.

Doch es gibt einen Planungsstopp, weil die Landesregierung keine Mittel für weitere Planungen freigibt. „Rot-Grün besteht darauf, das Urteil des Bundesverwaltungsgericht zur Weservertiefung abzuwarten und den Bund bei der Finanzierung mit ins Boot zu holen. Das ist ein Unding“, urteilt Björn Thümler. „Die Landwirte, die unter der immer schlechteren Wasserqualität leiden, werden hängen gelassen. Die bestehenden Probleme dürfen nicht mit zukünftigen Weservertiefungen verknüpft werden.“

Lesen Sie dazu auch

» PM Generalplan muss Vorrang haben

» PM Eine unverantwortliche zeitliche Verzögerung

Der Generalplan – oder wie ihn das Umweltministerium gerne nennen möchte: „die kleine Lösung“ – soll in erster Linie die bestehenden Probleme, die sich durch die Weserkorrekturen der vergangenen knapp 130 Jahre ergeben haben, beheben. Eine erneute Weservertiefung, die sicherlich kommen wird, kann zu neuen Probleme mit dem Salzgehalt in den Zuwässerungskanälen führen. Diese könnten durch die sogenannte Vermeidungslösung in den Griff bekommen werden. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass zunächst die alten Probleme gelöst werden müssen. Und dazu ist der Generalplan die Maßnahme. Ein weiteres Hinauszögern des Generalplans, der bereits durch die frühere CDU-/FDP-Regierung angestoßen und jahrelang von Rot/Grün blockiert wurde, schadet der Wesermarsch.

„Die Landwirte leiden unter der immer schlechteren Wasserqualität in der mittleren und nördlichen Wesermarsch“

Neben der erwarteten Verbesserung der Tränkewasserqualität würde der neue geplante Kanal auch zu einer Entlastung bei Starkregen führen, weil größere Wassermengen gespeichert werden können.

Salz aus dem Süden: K+S plant große Pipeline

Gar nicht gut waren die Nachrichten, die Mitte Januar aus Hessen kamen. Dort hatte das Regierungspräsidium das Raumordnungsverfahren für eine sogenannte Salzwasserpipeline des Düngemittelhersteller K+S eröffnet. Damit wurde ein erster Schritt für ein Genehmigungsverfahren erlangt. Im Kampf gegen den hohen Salzgehalt in der Weser war dies ein Dolchstoß aus dem Süden, befand Björn Thümler und forderte den niedersächsischen Umweltminister auf, bei seiner grünen Amtskollegin in Hessen zu intervenieren. „Er soll die Interessen Niedersachsens vertreten“, so Thümler. Die Sache ist umso prekärer, weil der Weserrat der Flussgebietsgemeinschaft Weser (FGG Weser) – inklusive Hessen – sich erst im Dezember auf gemeinsame Ziele und Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung in die Weser verständigt hatten.

Lesen Sie dazu auch

» PM Salz kommt nun auch aus dem Süden

» PM Minister muss Eindampflösung prüfen lassen

Der Aufschrei Niedersachsens war also groß und auch die anderen Weser-Anrainer und Naturschutzverbände machten Druck auf Hessen – mit Erfolg. Das Raumordnungsverfahren ist mittlerweile bis Ende März auf Eis gelegt.

Im März wird der neue Bewirtschaftungsplan der Werra-Weser-Anrainer beschlossen und der EU-Kommission vorgelegt. Sollten die Anrainer beschließen, dass ein Werra-Bypass nur 0,8 Millionen Kubikmeter Abwasser direkt in die Weser befördern darf, dann wäre die von K+S geplante große Pipeline-Lösung (5,5 Millionen) sowieso vom Tisch.

B212 neu: Bremen muss Wort halten

Gerade noch war die Freude groß, dass demnächst der Spatenstich für die Ortsumgehung Oldenbrok an der B211 erfolgen kann, da überrascht Bremen mit einer Nachricht zur B212: die Verkehrsbehörde hat das Straßenbauprojekt offenbar abgeschrieben.

Björn Thümler ist gelinde gesagt überrascht: „Die Nachrichten aus Bremen sind so nicht hinnehmbar. Für die Region hat die B212 neu nicht zuletzt in wirtschaftlicher Sicht einen hohen Stellenwert." Ursache für die Irritationen sind die Aussagen der Bremer Verkehrsbehörde unter Senator Joachim Lohse (Grüne), nach denen der Weiterbau der B212 auf bremischen Gebiet sehr fraglich ist. Man erwarte nicht, dass das Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) als vordringlich klassifiert wird. Das wäre allerdings nötig, damit es überhaupt die Chance auf Realisierung erhält.

Björn Thümler betont, dass die Wirtschaftlichkeit der Bundesstraße weiterhin gegeben ist – dieses wird von Bremer Seite her bezweifelt. In der zweiten Märzhälfte wird die Neufassung des Bundesverkehrswegeplans veröffentlicht und nach den Äußerungen aus Bremen darf bezweifelt werden, dass die B212 neu dort mit „vordringlichem Bedarf" auftaucht.

Lesen Sie dazu auch

» PM B212 neu muss an BAB 281 angebunden werden

Das niedersächsische Verkehrsministerium räumt dem Projekt weiterhin eine hohe Priorität ein. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Thümler hat in eindringlichen Briefen an Minister Lies und an den Staatssekretär im zuständigen Bundesministerium, Enak Ferlemann, darum geworben, gemeinsam an diesem wichtigen Projekt zu arbeiten. So schreibt Thümler: „Ausdrücklich möchte ich Sie darum bitten, sich für die in der Region so bedeutende Anbindung der B212 neu an die A281 weiter mit Nachdruck einzusetzen und insbesondere die hohe Priorität (...) auch immer wieder gegenüber den Bremer Kollegen deutlich zu machen. (...) Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass die (...) so wichtige Verkehrsachse in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird."

Syrien: „Lösung ist unwahrscheinlich"

Die Konrad Adenauer Stiftung hatte am 15. Februar zu einem Vortrag mit Dr. Aschot Manutscharjan in das Schiffahrtsmuseum Brake eingeladen. Mehr als 80 interessierte Bürger lauschten dem Vortrag zum Thema „Konfliktherde im Nahen und Mittleren Osten und die Rolle Russlands".

Die Ernüchterung folgte gleich zu Beginn: „Ich glaube nicht, dass es eine Lösung für den Syrien-Konflikt gibt", so der freie Publizist und wissenschaftliche Autor aus Berlin.

Ganz so pessimistisch wurde sein rund einstündiger Vortrag dann aber nicht. Es sei nur eben kein einfacher Konflikt, sondern drei unterschiedliche, die alle einzeln gelöst werden müssten: Zum einen die religiösen Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten, dann die historisch-bedingte künstlich-geographische Aufteilung, die nicht der Verteilung von Völkern entspricht und außerdem das Spannungsfeld zwischen monarchischen und Offiziersrepubliken mit europäischer sozialistischer Ideologie.



Dr. Aschot Manutscharjan und der kommissarische Leiter des Herman-Ehlers-Bildungsforums der Konrad-Adenauer-Stiftung, Reinhard Wessel. Foto: mo

Russland vertrete in der Region vor allen Dingen eigene Interessen. Zum einen lenke der Krieg von innenpolitischen Problemen ab, zum andere sei es eine „Waffenschau der russischen Rüstungsindustrie". Dass Russland alle Feinde von Assad bombardiere, ohne Unterschiede zu machen, sei kein Zufall: „Syrien ist einer der ganz wenigen Freunde Russlands." Für Russland sei es zudem wichtig einen befreundeten Hafen im Mittelmeer zu haben.

Wahlkreis Wesermarsch und Rastede
E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515

Integration durch Sprache und Bildung

Die Flüchtlingskrise ist die Herkules-Aufgabe der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Bewältigt werden kann sie nur durch eine gelungene Integration, an deren erster Stelle das Erlernen der deutschen Sprache stehen muss.

Konkrete Vorschläge hatte die CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag mit einem Entwurf für ein niedersächsisches Integrationsgesetz eingereicht. Ziel des Gesetzes sollte es sein, die Durchführung und Organisation der vom Bund angebotenen Integrationskurse zu optimieren und durch begleitende Angebote sinnvoll zu ergänzen. Mit dem CDU-Konzept sollte die Grundlage für eine schnellere Eingliederung bleibeberechtigter Flüchtlinge gelingen: In kommunalen Integrationszentren sollte sichergestellt werden, dass Asylsuchende unmittelbar nach ihrer Registrierung deutsch lernen und ihre berufliche Qualifikation und Weiterbildungsbedarf festgestellt wird.

„Ziel des Gesetzes ist es, landesweit einheitliche Rahmenbedingungen für die Integration zu gewährleisten. Die Kommunen dürfen bei dieses Mammutaufgabe, die angesichts der aktuellen Asylbewerberzahlen in den kommenden Jahren auf sie zukommt, nicht allein gelassen werden“, betont Thümler. „Letztlich kann natürlich niemand zu einer erfolgreichen Integration gezwungen werden. Wir wollen aber Anreize schaffen und ein gewisses Maß an Verbindlichkeit bei den Integrationsbemühungen erreichen – ausdrücklich für beide Seiten.“

Und obwohl die Grünen auf Bundesebene einen ähnlichen Ansatz favorisieren, blockieren die Regierungsfraktionen den im Dezember vorgelegten Gesetzentwurf. „Rot-Grün setzt voll auf ihre medienwirksame Initiative ‚Niedersachsen packt an!‘. Doch konkrete Ergebnisse sind hier noch nicht in Sicht“, ärgert sich Björn Thümler.

Nur regierungsintern gibt es Auswirkungen der Initiative: Nach nur acht Monaten wollen SPD und Grüne den Beirat für Migration und Teilhabe wieder einstampfen. Dieser Umgang mit einem eigenen Prestigeprojekt ist zwar verwunderlich, aber immerhin wird auf diese Weise die ambitionslose Landesbeauftragte Doris Schröder-Köpf von einer Aufgabe entbunden, der sie ohnehin nicht gerecht geworden ist. Faktisch reicht ihr Engagement nicht über den Besuch von Gedenkveranstaltungen und Feierlichkeiten hinaus.

„Integrationspolitik muss aber mehr als der Versuch sein, mit einem bekannten Gesicht lediglich Worthülsen zu produzieren.“ Niedersachsen brauche endlich ein umfassendes Angebot gezielter Fördermaßnahmen“, so Thümler. „Anstatt lediglich unsere Initiativen zu blockieren, muss Rot-Grün jetzt endlich liefern, aber dazu ist die Landesregierung offenbar nicht in der Lage.“

Lesen Sie dazu auch

» „Willkommen“ sagen reicht nicht

» Gesetzentwurf „Integrationsgesetz“

Unterstützung für die Kommunen

Die Kommunen stehen durch die extreme Zuwanderung nach Deutschland in den vergangenen Monaten unter enormer finanzieller und personeller Belastung. Unterstützung bekommen sie jetzt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF): Ab sofort können sich alle Kreise je nach Größe um die Finanzierung von bis zu drei kommunalen Koordinatorinnen oder Koordinatoren bewerben, die übergreifend die Bildungsangebote und relevanten Akteure verknüpfen. Das gab CDU-Ministerin Prof. Dr. Johanna Wanka in der neu veröffentlichten Förderrichtlinie zur „Kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ bekannt. Damit können sich auch die Landkreise Wesermarsch und Ammerland um je eine Koordinatorenstelle bewerben.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Björn Thümler freut sich über diese gute Nachricht aus Berlin: „Die Koordinatoren entlasten alle Beteiligten vor Ort. Die Kommunen profitieren personell und finanziell und die aufopferungsvolle Arbeit der Ehrenamtlichen wird damit ebenfalls gewürdigt, indem sie einen festen Ansprechpartner bekommen.“ Die Kernaufgabe der kommunalen Koordinatorinnen und Koordinatoren ist, die Vielzahl der vorhandenen Bildungsangebote und Bildungsbedarfe vor Ort zusammenzuführen, um die Transparenz zu erhöhen und sie optimal aufeinander abzustimmen.

Weitere Informationen gibt es unter www.bmbf.de/foerderungen und www.transferinitiative.de.

Wahlkreis Wesermarsch und Rastede

E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515

Milch zu Dumpingpreisen verhindern

CDU-Agrarpolitiker mehrerer Fraktionen starten in den Parlamenten gemeinsame Initiative für faire Milchpreise.

Die Milchkrise in Deutschland hält an. Vor allem viele kleine Milchviehbetriebe machen sich ernsthafte Sorgen um ihre Existenz – zumal nach Einschätzung von Experten der Milchpreis auch in diesem Jahr weiter sinken wird. Hinzu kommen der Wegfall der Milchquote, das Russland-Embargo und das schwächelnde China-Geschäft. Die agrarpolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Thüringen wollen deshalb mit einer abgestimmten gemeinsamen Initiative in den Parlamenten faire Preise für die Erzeuger erreichen und dem Ungleichgewicht auf dem Milchmarkt begegnen. „Die Situation der Milchwirtschaft und damit auch der meisten bäuerlichen Milchviehbetriebe ist äußerst kritisch. Es wird höchste Zeit, dass wir hier etwas tun“, sagt Helmut Dammann Tamke, agrarpolitischer Sprecher der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion.



Foto: Marco Barnebeck (Telemarco) / pixelio.de

Gemeinsame Vermarktungsplattform

Ziel der gemeinsam erarbeiteten Initiative ist es, die Milchwirtschaft zur Kooperation bewegen, um den Familien auf den Höfen im Sinne einer bäuerlichen Milcherzeugung Unterstützung zukommen zu lassen. „Wenn 85 Prozent aller Molkereiprodukte von nur fünf Handelsgesellschaften (Edeka, Rewe, Lidl, Aldi, Metro) abgenommen werden, dann wirkt sich dieses Ungleichgewicht spürbar negativ auf die Preise der Landwirte und Molkereien aus“, sagt Christina Schulze Föcking, Sprecherin der Agrarpolitiker der CDU/CSU-Bundesländer. „Aus dieser Position wollen und müssen wir raus. Wir möchten daher den Molkereien die Möglichkeit geben, mit gemeinsamen Vermarktungsplattformen der Macht des Lebensmitteleinzelhandels ein größeres Gewicht entgegen zu setzen.“

Die Zustimmung von Bundeswirtschaftsminister Gabriel (SPD) zur Fusion von Edeka und Tengelmann vergrößere die Marktmacht der Discounter noch einmal, kritisieren die CDU-Agrarexperten. Um Milch zu Dumpingpreisen künftig zu verhindern, sollen die jeweiligen Landesregierungen gemeinsam mit den Vertretern der Milchwirtschaft über eine Bündelung des Milchangebots unter Ausnutzung der kartellrechtlichen Möglichkeiten nachdenken. Diese Bündelung sei der richtige Weg und könne im Ergebnis dazu führen, die Existenz der bäuerlichen Milchlieferanten zu sichern. „Wir wollen ein Ende des ständigen Unterbietungswettbewerbs und faire und angemessene Preise für unsere Landwirte“, betont Dammann-Tamke.

Björn Thümler ist unterwegs am ...

» 14. März, 11 Uhr in Brake

Besuch der Eichendorffschule

» 14. März, 13 Uhr, in Oldenburg

Gespräch mit IHK-Präsident Gert Stucke

» 14. März, 15 Uhr, in Oldenburg

Gespräch mit Generalmajor Langenegger

» 14. März, 17 Uhr, in Oldenburg

Gespräch mit dem Chefredakteuer der NWZ Rolf Seelheim

» 15. März, 13 Uhr, in Hannover

Besuch der Cebit

» 15. März, 19 Uhr, in Brake

Vortrag und Diskussion bei der Kolpingsfamilie Brake, Themen sind Weservertiefung, Schulpolitik und Krankenhäuser

» 16. März, 15 Uhr, in Berne

Treffen zum Baudenkmal mit Knöffel und Dreesen

» 17. März, 10 Uhr, in Hannover

Gespräch mit dem Vorstand des Landvolks Niedersachsen

» 17. März, 14 Uhr, in Hannover

„Integrationsgesetz“ – Treffen mit Michael Koch, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Niedersachsen

» 18. März, 10 Uhr, in Oldenburg

Infogespräch bei CEWE COLOR mit dem Vorstandsvorsitzenden Dr. Rolf Hollander

» 18. März, 19 Uhr, in Hannover

„Das Ehrenamt zwischen Politik und Flüchtling“, Diskussion mit ehrenamtlichen Flüchtlingshelfern und dem Flüchtlingskoordinator der Bundesregierung, Peter Altmaier.

» 4. April, 10 Uhr, in Wilhelmshaven

Maritime Konferenz

» 4. April, 16 Uhr, in Brake

Arbeitskreissitzung Zeit & Service/ Kreisvolkshochschule

» 4. April, 19 Uhr, in Brake

Kreisvorstandssitzung CDU

» 5. April, 19 Uhr, in Oldenburg

MIT Oldenburg, Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU

» 6. April, 18 Uhr, in Hannover

Programmbeirat ANTENNE

» 11. April, 10 Uhr, in Westerstede

„Erfahrungen mit Flüchtlingen in Südafrika“, Bespräch mit Herrn Steinhoff, Firma Steinhoff

» 11. April, 15.30 Uhr, in Delmenhorst

Besuch Dr. Julius Hannah Aydin

» 12. April, 18 Uhr, in Osnabrück

Besuch des Fußball-Länderspiels, der Frauen: Deutschland gegen Kroatien

» 14. April, 18 Uhr, in Hannover

„Vertrag der Muslime“, Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) Hannover

Wahlkreis Wesermarsch und Rastede

E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515





In Hannover stand Anfang März die Sitzung der Landtagsfraktion auf dem Programm. Bevor wir die Initiativen für die anstehende Plenarwoche besprochen haben, durften wir die Spitze der Niedersächsischen Landwirtschaftskammer bei uns begrüßen. Unten links: Präsident Gerhard Schwetje (2. von rechts) und Direktor Hans-Joachim Harms (recht) schilderten uns ihre Sicht der Dinge im Hinblick auf die von Rot-Grün geplante Änderung des Kammergesetzes.







Klausurtagung des Vorstands der CDU-Fraktion Niedersachsen. Mit Blick auf die Kommunalwahl im Herbst steht die Kommunalpolitik im Mittelpunkt der Diskussion. Dazu gehört auch der Gedankenaustausch mit den kommunalen Spitzenverbänden. Zu Gast waren (v.l.n.r.) Dr. Jan Arning (Geschäftsführer Niedersächsischer Städtetag), Herbert Freese (Beigeordneter Niedersächsischer Landkreistag) und Dr. Marco Trips (Präsident Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund).

Wahlkreis Wesermarsch und Rastede

E-Mail: bjoern@thuemler.de • Telefon 04406/972515

Die Erinnerungskultur in Niedersachsen im Hinblick auf Flucht und Vertreibung verbessern – das war das zentrale Thema eines Gesprächs mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, **Stephan Rauhut**, und meiner Landtagskollegin und Vorsitzenden des BdV Landesverbandes Niedersachsen, **Editha Lorberg**. Eine Möglichkeit das Erinnern zu stärken sind landesspezifische Gedenktage, wie es sie beispielsweise in Bayern und Hessen bereits gibt.





In meinem Büro in Hannover hatte ich den Generalsekretär der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD), **Nikolaj Thon**, zu Gast. In unserem Gespräch ging es unter anderem um die mögliche Einrichtung einer Koordinierungsstelle für die orthodoxen Christen. Damit hätten die Mitglieder der orthodoxen Kirche die Möglichkeit, ihre Interessen gegenüber dem Land Niedersachsen gemeinsam zu artikulieren. Die Einrichtung einer solche Koordinierungsstelle habe ich Ministerpräsident Weil schon im vergangenen Jahr nahegelegt.



Wie lässt sich die Flüchtlingskrise lösen? Wie kann man Jugendliche für Politik interessieren? Wie war mein Notendurchschnitt in der Schule? Wenn die Jungreporter vom Gymnasium Brake zum Interview bitten, sollte man mit allem rechnen – nur nicht mit langweiligen Fragen. Gutes Gespräch im Landtag mit (von links) **Jannes Böck, Tjorven Vogt, Tobias Wylega und Johannis Wilbertz** im Rahmen des Projekts „Landtag-Online“ der Landesinitiative n-21, für das ich während des Januar-Plenums die Patenschaft übernommen habe. Mehr Infos zu dem Projekt gibt es **hier**.

Björn Thümler, MdL

Fraktionsvorsitzender im
niedersächsischen Landtag

Vorsitzender der CDU Wesermarsch

Internet: www.bjoern-thuemler.de
E-mail: bjoern@thuemler.de

Björn bei Facebook

Bürgerbüro Berne
Lange Straße 62
27804 Berne
Tel.: 04406 972515
Fax.: 04406 972516

Büro Hannover
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: 0511 30304110
Fax.: 0511 30304851

CDU WESERMARSCH

CDU FRAKTION im Niedersächsischen Landtag